

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Abgabe monatlich 1.40 M., Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 15 Goldspennige, die Restzeile 45 Goldspennige. Die zweifache Zeile über deren Raum 25 Goldspennige, die Restzeile 60 Goldspennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 20

Altensteig, Dienstag den 26. Januar

1926

Außenpolitische Rundschau

Wenn wir unsere Blicke, die allerdings durch die kaum beendete Regierungsbildung, durch die „Enttarnungen“ des Sozialdemokraten Dittmann im parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs, in denen der bisher Angekündigte Dittmann als Richter auftritt, durch die aufpeitschenden politischen Vorgänge im Innern, die sich um die Fragen der „Fürstenabfindung“ und der „Memoranden“ kristallisieren, zu den großen Problemen der europäischen und Weltpolitik hinlenken, so finden wir, daß überall Dinge vor sich gehen, die über das innerpolitische Geschehen hinausragen.

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich seit dem Locarnovertrag nicht in dem erwünschten Maße gebessert, wenn auch nicht gerade verschlechtert. Von Paris aus wird an der Beunruhigung für ganz Europa gearbeitet, auch an der Trübung der deutsch-französischen Verhältnisse. Brand ist fast voll beschäftigt mit innerpolitischen Sorgen, die vor allem durch die Finanzkrise verursacht sind. So haben die Poincaristen es vermocht in den Fragen der Befähigungsfürde und der Militärkontrolle Deutschlands wieder Oberwasser zu gewinnen und den Geist von Locarno zu binden. Daß der österreichische Politiker Dr. Dinghofer von den Großdeutschen durch den Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen wurde, gibt dem „Tempo“ neuen Anlaß für Verdächtigungen und Verleumdungen. Auch die Hinauszögerung der Räumung der ersten Zone — Frankreich will erst bis 20. Februar geräumt haben — gehört in diese Linie der Sabotierung von Locarno.

Rußland sucht mit allen Mitteln den Anschluß an den Westen und bemüht sich, die mannigfachen Hindernisse großer und kleiner Art allmählich aus der Welt zu schaffen. Die Verständigung mit der Schweiz, die schon lange Tatsache werden soll, ist nun wohl bald perfekt. Rußland verfolgt dabei mehrere Zwecke zugleich. Die Ermordung Wozzowskis in der Schweiz, die schon längere Zeit her ist, gab Rußland Anlaß, seine Staatsmänner nicht mehr in die Schweiz zu schicken. Die Schweiz hat sich wegen der Mordtat, die auf ihrem Boden stattfand, entschuldigt. Aber daneben verlangt jetzt Rußland die Zahlung einer Pension an die Tochter Wozzowskis. Formale Schwierigkeiten bildet noch die Frage des Bonfotts, die aber schließlich aus der Welt geschafft werden wird in der Form, daß beide Staaten gleichzeitig ihn drehen. Das eigentliche Motiv für Rußlands Vorhaben liegt aber anderswo. In der Schweiz liegt Genf, und Rußland will an den Genfer Abrüstungsverhandlungen teilnehmen. An seiner Teilnahme hat natürlich auch die übrige Welt ein großes Interesse. Rußland droht, wenn die Schweiz nicht nachgibt, werde es den Genfer Abrüstungsverhandlungen fernbleiben. Im Hintergrunde hofft Rußland nicht bloß auf die Beilegung dieses Streits, sondern im Anschluß daran auch an die Möglichkeit, die staatsrechtliche Anerkennung der Schweiz zu finden. Das alles macht es in der Tat wahrscheinlich, daß Rußland sich in Genf an den Abrüstungsverhandlungen beteiligen wird, wodurch diese nicht nur eine größere politische Bedeutung erhalten würden, sondern hoffentlich auch eine Erfrischung und Belebung dieser Totenverammlung.

Auch im fernen Osten hat sich eine Verwicklung angebahnt. Rußland richtete an China eine Note in ultimativer Form, daß in drei Tagen 1. die vollständige Wiederherstellung der Ordnung in der Mandchurie, 2. die Durchführung des Vertrages und 3. die Freilassung Zwanows, des Leiters der ostchinesischen Bahn sicher gestellt wird. Die Note schließt: „Wenn die chinesische Regierung aus irgendwelchen Gründen außerstande ist, eine friedliche Lösung der Frage zu gewährleisten, so bittet die Sowjetregierung die chinesische Regierung, ihr die Erlaubnis zu geben, mit eigenen Kräften die Durchführung des Vertrages und den Schutz der beiderseitigen Interessen sicherzustellen.“ Nun kann aber die Zentralregierung in Peking nicht allzuviel machen, denn in der Mandchurie herrscht Marshall Tschang. Sie hat wohl Rußlands Befehl weitergegeben und der chinesische Geschäftsträger in Moskau teilte Tschischerin im Auftrage seiner Regierung mit, daß die chinesische Regierung die strengsten Anordnungen für die sofortige Freilassung des Verwalters der ostchinesischen Eisenbahn, Zwanows, erlassen habe. Tschischerin verneinte die Frage des Geschäftsträgers, ob die Sowjetregierung irgendwelche Meldungen über die Freilassung Zwanows erhalten habe. Auch Japan spricht bei diesen Fragen des Ostens ein Wort, obwohl der japanische Ministerpräsident dieser Tage bei Eröffnung des Parlaments friedliche Erklärungen abgab. Er sagte u. a.: „Was China anbetrifft, so wünsche Japan, ihm bei der Verbesserung seiner inneren Verwaltung zu helfen, sowie bei der Entwicklung seines Handels und seiner Industrie zu unterstützen, es beabsichtigt aber, keine Mühe zu scheuen, um den japanischen Handel mit China zu sichern.“ Die japanische Regierung bleibe dem Grundsatze der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas treu

und habe deswegen alle friedlichen Mittel angewandt, um Japans Rechte und Interessen in China zu schützen. Die Sendung von Truppen aus Korea und Japan nach der Mandchurie sei infolge der Unruhen notwendig gewesen, dadurch sei aber die japanische Besetzung nur auf ihre Stärke gebracht worden, übrigens seien viele Truppen längst zurückgezogen worden.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Wie nunmehr endgültig festzustehen scheint, wird Ende Februar in Genf eine Konferenz zur geplanten Weltwirtschaftskonferenz abgehalten werden. Als Vertreter Deutschlands sind folgende Herren in Aussicht genommen: 1. als Regierungsvertreter der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg, 2. als Arbeitgebervertreter das Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Rechtsanwalt Lammers, 3. als Arbeitnehmervertreter das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Eggers. Die Vorbereitungen werden vermutlich so lange Zeit in Anspruch nehmen, daß die eigentliche Konferenz erst etwa im Oktober oder November nach Genf einberufen werden kann. Bei den erwähnten Männern handelt es sich zunächst nur um Vorschläge, und um keine endgültigen Ernennungen. Der Regierungsvertreter dürfte feststehen, in Bezug auf die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, welche Lehrender vom Internationalen Arbeitsamt zu ernennen ist wird das letzte Wort wohl Ende Januar gesprochen werden.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz bezweckt die Diskussion der augenblicklichen Weltwirtschaftslage und gleichzeitig die Schaffung eines Aktionsprogramms, durch welches die verschledenen wirtschaftlichen Nöte und Schwierigkeiten überwunden werden sollen. Einberufen ist der Völkerbund, der seinerseits die Anregung wieder vom französischen Wirtschaftspolitiker Loucheur erhalten hat. Eine Reihe von Staaten war auffallend zurückhaltend bei der Beantragung der Einladung und bei der Einreichung von Vorschlägen für die Genfer Wirtschaftskonferenz. Amerika wird sich wieder damit begnügen, — wie bereits bei der internationalen Finanz- und Währungskonferenz in Genua — Beobachter zu ernennen. Zu diesem Zweck hat das amerikanische Parlament 50 000 Dollar ausgeworfen. Die Beteiligung an der Genfer Konferenz steht also in keinem Zusammenhang mit der Tatsache, ob das betreffende Land Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht. Der zuweilen gehörte Einwand, daß Deutschland sich durch die Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz endgültig dem Völkerbund verschrieben habe und selbst auf scharfe Brüstung hin seine Bereitschaft zum Eintritt in den Völkerbund nicht mehr zurückziehen könnte, ist also unrichtig. Grundfänglich besteht auch für Rußland kein Hindernisgrund, an der Genfer Konferenz teilzunehmen. Es ist allerdings die Frage, ob die Sowjetregierung an einem rein „kapitalistischen“ Zusammentreffen teilnimmt.

Man wird gut tun, der Genfer Konferenz ohne große Erwartungen entgegenzusehen. Im Mai 1922 feierten selbst angesehenen Zeitungen und durchaus urteilsfähige Wirtschaftspolitiker das Ergebnis der Konferenz von Genua mit überauswichtigen Worten, obwohl klar zutage lag, daß man die wichtigen Entscheidungen der Kommissionen begeben hatte, deren Arbeiten von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt waren. Viel wichtiger als die vorläufige Befestigung solcher Konferenzen und auch als die schonen Begrüßungsansprachen von Regierungsvertretern, ist der Geist, der in einer solchen Konferenz lebt. Daß die Genuefer vom Frühjahr 1922 beinahe am Abschluß des Rapallo-Vertrages gescheitert wäre, ist ein charakteristisches Zeichen dafür, in wie geringem Grade gerade damals, zwei Jahre nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages der Geist ehrlicher Verständigungsbereitschaft geherrscht hat. Auch diesmal gilt es, eine Menge Schutt wegzuräumen, ehe mit der Errichtung eines großen Gebäudes begonnen werden kann. Die Alliierten müssen darauf verzichten, ihre Machtstellung auszunutzen, um Deutschland zu zwingen, seine Warenausfuhr einzubüßeln und dabei noch sein eigenes Wirtschaftsgebiet schutzlos dem Warenstrom aus anderen Ländern preiszugeben. Weiter müssen die vielen neu entstandenen Klein- und Mittelstaaten in Europa einsehen, daß sie sich durch ihren Wirtschaftsimperalismus doch nur bestenfalls armselige Treibhausblüten, nicht aber widerstandsfähige nationale Industrien schaffen können.

Volkseinstimmigkeit zur Fürstenabfindung

Die zwischen dem ADGB, der Sozialdemokratie und den Kommunisten über die Fürstenabfindung geführten Verhandlungen wurden am Samstag beendet. Die Kommunisten werden den zur Herbeiführung eines Volkseinstimmigkeits bereits eingereichten Geleichenwurz zurückziehen. Der zwischen ADGB, der Sozialdemokratie und den Kommunisten vereinbarte gemeinsame Geleichenwurz hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1: Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenthümer, ihrer Familien und Familienangehörigen wird zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenthum bis zu seiner Abhebung oder Abdankung regiert hat.

Artikel 2: Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten: a) der Erwerbslosen, b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, c) der Sozial- und Kleinrentner, d) der bedürftigen Opfer der Inflation, e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf enteignetem Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungs-zwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel 3: Alle Verfügungen einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihrer Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel 4: Die Ausführungsbestimmungen zur Durchführung dieses Gesetzes werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach der amtlichen Veröffentlichung zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels 2 dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenthümer zu treffen.

Es wurde weiter vereinbart, daß der Antrag mit der Unterschrift von je einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses für den Volksentscheid versehen, Montag nachmittag im Reichsministerium des Innern eingereicht werden soll.

Die beteiligten Organisationen werden die Aktion ieder für sich selbständig führen.

Die Marinemeutereien von 1917-18

Ein Zwischenfall im Untersuchungsausschuß

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Ursachen des Zusammenbruchs setzte am Samstag der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann sein Referat über die Unruhen in der Marine fort. Aus den Auswertungen hervorragender Persönlichkeiten hebt er hervor, daß 1917 die Retrograden um die eine Waffe gegen die Linkssozialisten gemacht werden sollten. Diese Tendenz beherrschte die ganze kriegsgerichtlichen Verfahren. Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs das deutsche Kaiserthronanangebot herauskam, planten die Admirale, auf eigene Faust einen Flottenputsch gegen England. Das war Rebellion, offene Meuterei, war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat. Nunmehr rebellierten die Heiser und Matrosen gegen die Rebellion der Admirale. Die Rebellion wurde zur Revolution und sie war der Punkt, der im ganzen Reich und in der Armee die große Explosion hervorrief. Auch Kocke, der damals von der Regierung nach Kiel geschickt wurde, ist von den Admiralen belogen worden. Wäre die Rebellion auf den Schiffen von der U. S. P. „gemacht“ worden, so hätten die Matrosen in Kiel gewiß nicht Kocke zu ihrem Führer gewählt. — Die Rede des Abgeordneten Dittmann wurde von den zahlreich erschienenen sozialdemokratischen Parlamentariern mit harten Kundgebungen begleitet. Vorstehend Abg. Dr. Wills (Dn.) stellt fest, daß der Berichterstatter bei seinem ständigen, sehr temperamentsvollen Ausführungen eine Reihe von Wendungen gebraucht, die parlamentarisch nicht zulässig seien. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Korvettenkapitän Canaris zu Beginn seiner Ausführungen erklärt, er müsse die von Dittmann gegen die Marineleitung vorgebrachten Vorwürfe entschieden zurückweisen, erhob sich bei den Sozialdemokraten und Kommunisten großer Lärm und Zurufe „Er hat nichts zu kritisieren, sondern nur zu widerlegen.“

Canaris erklärte zunächst, daß Vizeadmiral von Trotha befehlen werde, daß bis zum Schluß in der Marine bis auf wenige Ausnahmen zwischen Offizieren und Mannschaften ein ausgeprochen vorläufiges und ungetrübtes Vertrauensverhältnis bestanden habe. Korvettenkapitän Canaris lächelte dann nachzuweisen, daß die Adelsführer der Meuterei in der Flotte eine Beziehung zu der U. S. P. hatten und daß die von dort ausgehenden Einwirkungen ihnen den Rücken stärkten und ihnen das Material, die Ordnung und Disziplin zu untergraben, lieferten. Die Verbindung der Meuterei mit Führern der U. S. P. geht aus den Akten einwandfrei hervor. Darum muß angenommen werden, daß auch die Mitglieder der U. S. P. Kenntnis hatten von den Absichten der Matrosen, die auf einen Flottenstreik und auf gewalttätige Beendigung des Krieges hinstreben. Die Anklagen sind wegen vollendeten Kriegsverrats ersolot. Wenn das Kriegsgericht und die Untersuchungsrichter die unabhängigen Abgeordneten nicht als Zeugen akzeptieren, so lag es lediglich an den Vorschriften der Militärstraf-

gerichtsordnung, nach denen das Ermittlungsverfahren möglichst eingeschränkt und beschleunigt werden sollte. Die Vernehmung der Abgeordneten hätte die Angeklagten in keiner Weise entlasten können, zumal diese Abgeordneten ja als Ankläger galten. Von der Marineleitung ist der größte Wert darauf gelegt worden, sich auf die rein strafrechtliche Seite zu beschränken und dabei die Anschuldigungen eines politischen Einschlags zu vermeiden. Als Canaris unter großer Unruhe sein Referat beendet hatte, fragte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Koles, ob es wahr sei, daß Korvettenkapitän Canaris mit dem Kapitänleutnant Canaris identisch sei, der im Prozeß gegen die Mordmörder als Zeuge fungiert habe und der beschuldigt werde, dem Mordmörder Leutnant Vogel zur Flucht verholfen zu haben. Wenn es derselbe Mann sei, dann müßte der Ausschuss es als eine Bräuterei seitens des Reichswehrministeriums ansehen, daß ihm ein solcher Vertreter geschickt werde, mit dem man einfach nicht zusammen arbeiten könne. Als Korvettenkapitän Canaris es ablehnte, auf diese persönlichen Fragen einzugehen, kam es zu förmlichen Randschreibungen der Linken. Man rief: Mörder! Helfershelfer! Feigling! und der Vorsitzende hatte große Mühe, die Ruhe wiederherzustellen. Der kommunistische Abg. Dr. Rosenbergs beantragte eine Unterbrechung der Sitzung, damit man vom Reichswehrministerium einen anderen Vertreter verlangen könne. Die Abgeordneten Joel (Kt.) und Dr. Bergstrüber (Dem.) regten an, der Ausschuss möge über diese Fragen in einer geschlossenen Sitzung beraten. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Zuerst erzielte noch Abg. Weinmanns von der Deutschen Volkspartei das Wort zum Referat gegen Dittmann.

Korreferent Abg. Weinmanns (Dt. V.) erklärt, die ganzen Ausführungen Dittmanns trügen, soweit die Verhältnisse in der Marine in Frage kommen, den Stempel einer durch nichts gerechtfertigten Verleumdung. Die von ihm wiedergegebenen Aussagen aus den Akten seien lediglich darauf einseitlich ihn selbst und die U. S. V. zu entlasten. Es liege fest, daß die Unterbrechung, die Reichstisch in Berlin mit einigen Abgeordneten der U. S. V., vor allem Dittmann, hatte, der Ausgangspunkt war, für jene unglücklichen Verhältnisse, wie sie in der Marinemeuterei von 1917 ihren Niederschlag gefunden hätten. Rats sei der Versuch Dittmanns, die Revolution auf das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften zurückzuführen. In der meisten größten Zahl sei das Verhältnis ein außerordentlich gutes gewesen. Dittmann, dem die Verhältnisse in der Marine vollkommen unbekannt seien, habe auch eine Reihe sehr konkreter unrichtiger Angaben gemacht. Absolut falsch sei es, daß im Gegensatz zur Armee die Managelkommissionen an Bord nur aus Offizieren bestanden hätten. Die Sammlung der Unterschriften für Stockholm habe Dittmann als eine ganz natürliche Reaktion gegenüber der neugeständeten Vaterlandspartei dargestellt. Tatsächlich wurden die Unterschriften bereits gesammelt, ehe die Vaterlandspartei existierte, und die Stockholmer Konferenz war bereits beschlossen, als die genannte Organisation sich auflöste. Wenn Dittmann weiter anführe, daß die Hochseeflotte ein gänzlich überflüssiges Kampfinstrument gewesen sei, so dürfte ihm wohl nicht entgangen sein, daß während des ganzen Krieges nicht eine einzige Schiffsraute auf deutschen Boden gefallen sei. Das habe man der Hochseeflotte zu verdanken. Dittmann sei auch bekanntlich durchaus der Meinung gewesen, daß Rüstungstreits erlaubt seien. Da liegt es sehr nahe, anzunehmen, daß ihm auch militärische Streits nicht ohne weiteres unvereinbar mit der Berücksichtigung des Landes erschienen.

Neues vom Tage

Ministerbesprechung über die Regierungserklärung

Berlin, 25. Jan. Wie die Blätter mitteilen, wurde Montag nachmittag die Regierungserklärung in einer Art Ministerbesprechung behandelt. — Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft begründete Montag vormittag der neue Minister Dr. Haselnde die Beamtenschaft und sprach dabei die Bitte und Erwartung aus, daß sie ihm in treuer Mitarbeit helfen möge bei Erfüllung der schwierigen Aufgabe, die der Hebung der Landwirtschaft und der Sicherung unserer Ernährung harrten.

„Die Brandstifterin“

Roman von Erich Eckenstein

31. (Nachdruck verboten.)
 „Ja — ist alles gut so, wie's kommen ist . . .“ sagt der Großreicher mit einem tiefen Atemzug. „Und geht, Miri! reden tun wir mit mehr über die Sach? Soll eingefahrt und begraben werden mit . . . dem da!“
 Als der Bauer eine halbe später in den Hof tritt, springt ihm strahlend und lachend Kofel vom Hofstall entgegen.
 „Da bin ich, Vater! Und bring Euch einen ganzen Bundesack voll Glückseligkeit mit! Vater! . . . die halbe Nacht bin ich heruntergelaufen von der Alm, damit Ihr's gleich erfahrt: Dem Toni hab' ich mich versprochen — gestern auf der Ritteralm droben! Und geht, Vater, Ihr habt nig dawider? Ihr freut Euch darüber?“
 Der Schatten eines Lächelns erhellt des Großreichers erstarrtes Gesicht.
 „Ja, das ist freilich eine Freudenbotschaft. Denn! Da freu ich mich halt mit dir! Ist ein braver Mensch, der Toni, und ich werd' ihn von Herzen willkommen heißen am Großreicherhof!“
 Aber als Kofel auf diese Worte einen hellen Zauchzer ausstoßen will, legt er ihr rasch die Hand auf den Mund.
 „Ruht nit, Kofel. Zum Zauchzen ist heut nit der Tag bei uns. Wir haben einen Toten im Haus . . . dein Bruder, der Peter.“
 „Jesus — Vater . . .? Wird doch nit sein . . .?“
 „Vor zwei Stund' hab ich ihm die Augen zugebrückt. So steht wohl, daß du noch ein bißel warten mußt mit'n Lufigeln. Will alles seine Zeit haben, der Tod und 's Leben, und für jetzt hat der Tod 's erste Recht am Großreicherhof!“

31. Kapitel

Der Kiebinde-Hanni ihr Plan ist glänzend geglückt, das heißt, der Hammer-Feldl „ist nit so geflogen auf die ausgelegte Leimspindel“, wie sich die Bachbäuerin nachher

Tagung des demokratischen Parteiausschusses

Berlin, 25. Jan. Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei trat Sonntag zu einer Tagung zusammen, an der die drei demokratischen Reichsminister Dr. Gessler, Dr. Kütz und Dr. Rheinhold sowie der Ehrenvorsitzende der Partei, Bürgermeister Dr. Petersen, teilnahmen. Nach einem einleitenden Referat des Parteivorstehenden Koch wurden einstimmig drei Entschlüsse angenommen. In der ersten spricht der Parteiausschuss dem Parteivorstehenden Koch volles Vertrauen und wärmsten Dank für die Führung der mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Aufgaben aus. Der Parteiausschuss erwartet von der jetzigen Regierung, daß sie in der Innenpolitik den Geist der Republik und der Reichseinheit vertritt und in der Außenpolitik die mit dem Vertrag von Locarno begonnene Linie mit nationaler Entschiedenheit und im Geiste einer europäischen Verständigung weiterführt. In der zweiten Entschlüsse richtet der Parteiausschuss an die der Partei angehörigen Minister, sowie an die Fraktionen das dringende Ersuchen, mit größter Entschiedenheit auf eine Republikanisierung der Verwaltung, des Justiz- und des Unterrichtsweins sowie der Reichswehr hinzuwirken. In der dritten Entschlüsse erhebt der Parteiausschuss lebhaftesten Widerspruch gegen die gesteigerte Belastung, die dem besetzten Gebiete durch eine vermehrte Truppenstärke der Besatzung entgegen den in Locarno gegebenen Zusicherungen auferlegt werden soll. Der Parteiausschuss verlangt mit größtem Nachdruck, daß der Geist von Locarno sich vor allem in einer sofortigen sichtbaren Verringerung des Besatzungsregimes durchsetzt und daß die Zeitdauer der Besatzung auf das Mindestmaß beschränkt wird, sowie daß das Saargebiet in kürzester Zeit die Möglichkeit erhält, in freier Abstimmung seine Zukunft zu bestimmen.

Die kommende Wahlrechtsreform

Berlin, 25. Jan. Im Reichsministerium des Innern wird wie von unterrichteter Seite verlautet, ein Gesetzentwurf für die Reform des Reichstagswahlrechts ausgearbeitet. Dieser Gesetzentwurf ist bereits vor Jahren in Angriff genommen worden. Das Reichsministerium hat aber immer wieder verzögert, ihn einzubringen, da man Schwierigkeiten mit dem Reichstag befürchtete. Der Zweck des Entwurfs ist, die Zahl der bisher bestehenden 35 Wahlkreise stark zu vermehren und den einzelnen Wahlkreis so zu verkleinern, daß der Kandidat wieder in unmittelbare Fühlung mit den Wählern kommt. Dagegen soll die Zahl der Abgeordneten erheblich herabgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen Wahlkreisen und Abgeordneten, das jetzt 35 zu etwa 490 beträgt, soll auf 250 zu 390 verändert werden. Welt: ist eine Herabsetzung des Wahlalters beabsichtigt.

Zum Fall Canaris

Berlin, 25. Jan. Der Reichswehrminister hat an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp folgendes Schreiben gerichtet: „Die Vorgänge im Untersuchungsausschuss am 23. d. Mts. veranlassen mich zu den folgenden Erklärungen: 1. Der gegen Korvettenkapitän Canaris erhobene persönliche Vorwurf, daß er an der Entweichung des Oberleutnants Vogel beteiligt gewesen sei, ist völlig unbegründet, wie durch ein von meinem Herrn Amtsvorgänger veranlaßtes gerichtliches Verfahren festgesetzt ist. Die Untersuchung hat seinerzeit die völlige Schuldlosigkeit des Korvettenkapitäns Canaris ergeben. Canaris war zur Zeit der Tat gar nicht in Berlin, sondern war damals in Familienangelegenheiten nach Süddeutschland beurlaubt. 2. In Übereinstimmung mit dem Chef der Marineleitung hatte ich den Kommissaren des Reichswehrministeriums die Wohnung erteilt, sich jenseitiger Parteimitglieder bei Abgabe ihrer Erklärungen zu entschuldigen zu Zula ausdrückt. „Ich war aber auch nit dumm! Wie ich gemerkt hab, daß es ihm ernstlich zu tan ist ums Haus, hab ich mich jäh gestellt und nit eingehen wollen auf sein Angebot. So hab ich's zuwegen bracht, daß er, statt mich herunter zu drucken, noch zulegen hat müssen im Preis. Auf 65 000 sind wir zuletzt einig geworden.“
 Die einzige Bedingung, die der Hammer-Feldl stellte, war, daß er in seinen neuen Besitz noch im Herbst eintreten könne. Das war der Bachbäuerin ganz recht. Im strengen Winter überdauern wollte sie ohnehin nicht.
 So gings denn gleich in den nächsten Tagen ans Räumen und Packen und Zula bekam alle Hände voll Arbeit.
 Die Bachbäuerin wollte durchaus, sie solle dann mit der Kiebinde ziehn, wie auch der Jaderl mit sollte.
 Aber dazu hatte sich Zula durchaus noch nicht entschließen können, ja zu sagen.
 „Grad da in der Einsamkeit hat's mit getaugt,“ sagte sie. Der Wald, die Berg', meine Arbeit und — keine Menschen, dabei vergißt man alles Schwere. Der Kiebindehof liegt mir zu nah bei Heilstrang.“
 „Weißt was, Zula,“ sagt der Goldner-Toni, der nach Feierabend oft zu ihr auf ein Blanderständchen kommt, um von seinem Glück zu reden, „weißt was, wenn ich noch'n Trauerjahr die Kofel heirat, nachher kommt zu uns! So eine wie dich, auf die man sich bei jeder Arbeit verlassen kann, können wir grad brauchen. Die Kofel sagt's auch. Und daß sie dich so oiel gern hat . . . grad wie wenn du ihre Schwester wärst! Also dann schlag ein, Zula!“
 „Nit einmal denken,“ antwortet Zula, rot und blaß werdend, „zum Großreicher geh ich nit um alles in der Welt!“
 Der Goldner-Toni lacht.
 „Glaubst vielleicht — ich? Könn' mir einfallen! Daß nachher die Peur' sagen täten, ich nimm' die Kofel, um mich ins warme Nest zu legen! Tüt auch nit gut. Dienen unterm Schwiegervater mag ich nit, und zwei Herren im Haus taugt nit. Ueberhaupt — einseitig war nie mein Willen. Will mein eigener Herr sein, klein anfangen und mich in die Höf' arbeiten, das freut mich viel mehr!“

halten, wie es in jahrelanger reibungsloser Zusammenarbeit mit dem Ausschuss auch bisher geschehen ist. Die Aufgabe des Reichswehrministeriums und der von ihm entsandten Kommissare kann nur sein, den Ausschuss bei Sitzung und Bemühung des ungedeuer umfangreichen Materials zu unterstützen, damit der Ausschuss der ihm gestellten Aufgabe, zu einem objektiven Gutachten zu gelangen, gerecht werden kann. Ich habe mich dabei in völliger Übereinstimmung mit dem Ausschuss geäußert. Bevor ich weitere Kommissare zu den Verhandlungen abordnen kann, scheint mir erforderlich, die Grenzen ihrer Mitwirkung erneut klar abzustecken. Soweit darüber hinaus eine Stellungnahme des Reichswehrministeriums erforderlich sein sollte, muß ich mir diese selbst vorbehalten. Soweit gutachtliche Neuerungen oder Zeugenerklärungen von aktiven oder detachierten Angehörigen der Reichswehr verlangt werden, muß ich darüber einen förmlichen Beschluß des Ausschusses zur Klarstellung der Verantwortung erbitten.

Unwahre Verdächtigungen der Reichswehr

Berlin, 25. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: Im Reichstage sind gelegentlich der Debatte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der Memmorerde Angriffe gegen die Heeresverwaltung erhoben worden, deren Erörterung dem Untersuchungsausschuss vorbehalten bleiben muß. Es wird deshalb nur festgestellt, daß die Behauptung, ein Regiment der sog. Schwarzen Reichswehr habe vor dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung einen Parabemarsch ausführen dürfen, unwahr ist.

Reichsbanner und Volksentscheid

Berlin, 25. Jan. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“ tritt heute abend die Bundesleitung des Reichsbanners, die sich aus Mitgliedern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zusammensetzt, zu einer Sitzung zusammen, in der über die Frage der Stellung des Reichsbanners zu einem Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der früher regierenden Fürsten Beschluß gefaßt werden soll.

Annahme der Einladung Deutschlands zur Abrüstungskonferenz

Berlin, 25. Jan. Die amtliche Annahme der Einladung Deutschlands zur Abrüstungskonferenz, die aus dem Grunde noch nicht erfolgt war, weil es das zurücktretende Reichskabinett nicht mehr für angebracht hielt, eine Maßnahme, von solcher grundsätzlicher Bedeutung zu vollziehen, ist als eine der ersten Maßnahmen heute vom Kabinett vollzogen worden. Deutschland hat, wie die „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ feststellt, an dem Zustandekommen der Abrüstungskonferenz und an einem positiven Ergebnis aller in dieser Richtung gehenden Bestrebungen als einzige abgerüstete Großmacht inmitten hochgerüsteter Nachbarn ein viel zu offenkundiges und selbstverständliches Interesse, als daß es nicht seinerseits das Menschlichste dazu tun würde, um der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen.

Dittmanns Broschüre

Berlin, 25. Jan. Die Frage, ob die Broschüre des Abg. Dittmann, die seine Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuss enthält, gegen seine Pflichten als Referent über die Frage der Marinemeuterei verstößt, wird der „B. Z.“ zufolge den Untersuchungsausschuss beschäftigen. Von einem Verbot der Weiterverbreitung der Broschüre ist, wie das Blatt wissen will, noch keine Rede. Der Reichstagspräsident Löbe, der erst im Laufe des Tages nach Berlin zurückkehrt, hat lediglich die Verbreitung der Broschüre innerhalb des Reichstagsgebäudes inhibiert.

„Ja, wie denn?“ fragt Zula betroffen, „ihr wollt nit am Großreicherhof wirtschafte?“

„Nein. Wir laufen uns was eigenes. Der Markt zahlt mir mein Erbteil aus und die Kofel kriegt auch was von daheim, so wird's nachher schon gehen.“

„Und die Kofel ist damit einverstanden?“

„Die Kofel will, was ich will.“

„Aber der Großreicher?“

„O, der ist auch ganz einverstanden. Sagt, er tät's an meiner Stell' justament auch so machen! Hilft mir auch brav was Passendes suchen und meint, das Erlösbarerglück im Baumgarten wär grad, was wir brauchen. Kennst es, Zula?“

„Nur so vom Vorübergehen, drin war ich noch nit.“

„Wird dir gefallen! Ich mein, wir werden wohl bleiben dabei. Der Kofel taugt's auch und du — überleg dir halt mein Vorschlag. Tütst uns eine große Freud' machen!“

Zula sagt nichts weiter dazu. Zu überlegen ist für sie nichts. In ein Haus, wo der Großreicher aus und ein geht, kann sie nicht ziehen. Dazu ist das, was sie jahrelang mühsam in sich getragen hat, neulich, als sie ihn wieder sah und mit ihm sprach, wieder viel zu lebendig geworden . . .

Am 5. November soll der Umzug der Bachbäuerin dorthin stattfinden. Und soweit wenigstens hat Zula dem Drängen der Bäuerin nachgegeben, daß sie versprach, für die erste Zeit, bis sich die Bäuerin im neuen Heim eingelebt hat, bei ihr zu bleiben.

Was sie dann tun, wohin sie gehen wird, weiß sie selber noch nicht. Und oft in diesen Tagen padt sie jählings ein Gefühl so grenzenloser Verlassenheit, daß es ihr die Tränen in die Augen treibt.

Nicht wissen, wohin — keinen Menschen mehr haben, dem man zugehört — jetzt erst spürt sie's so recht, was das heißt.

„Ach jetzt, wo f: im dunkelsten Winkel der Kirche kniet, kommen ihr solche Gedanken.“

(Lectura folgt.)



Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 26. Januar 1926.

Vereinsveranstaltungen und die Theaterfrage. Am Samstag, dem 23. Januar 1926, versammelten sich die sämtlichen Vertreter und Spielleiter der hiesigen Vereine, um zu den Sprechsaalartikeln in den letzten Ausgaben der hiesigen Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ Stellung zu nehmen. Nach eingehenden Beratungen von seiten der Anwesenden, wobei leider festgestellt wurde, daß die Einsender der beiden Artikel zur festgesetzten Zeit nicht anwesend waren, kam man zu dem Entschluß, daß jeder Verein, wie bisher, nach seiner Eigenart und seinem Gutdünken die Weihnachtsfeier abhält, wie es für jeden der Vereine an zweckdienlichsten ist. Jeder Verein wird auch in Zukunft bemüht sein, das Programm für die Veranstaltungen in jeder Hinsicht zur allgemeinen Zufriedenheit zusammenzustellen. Eine Einmischung Fremder bei diesen Veranstaltungen wurde von sämtlichen Vereinsvertretern einstimmig als nicht zulässig abgelehnt. Die Aufführung von Operetten oder größeren Schauspielen bei einer Weihnachtsfeier ist aus technischen Gründen deshalb unmöglich, da die Gabelverlosung und sonstige Einlagen zuviel Zeit in Anspruch nehmen und die Zeit dafür zu kurz wäre. Auch dadurch, daß jeder Verein bei solchen Anlässen von der Erhebung von Eintrittsgeld Abstand nimmt, wären die Kosten für solche Aufführungen unerschwinglich. Im Laufe des Frühjahrs ist von einem hiesigen Verein ein größeres Schauspiel geplant und kann man sich der angenehmen Hoffnung hingeben, daß vielleicht auch die Einsender der Artikel davon befriedigt sein werden.

Die Ursachen der Wertpapierfälschung und ihre Bekämpfung. Die zahlreichen Banknoten und Wertpapierfälschungen, welche gegenwärtig Polizei und Gerichte in fast allen europäischen Staaten beschlagnahmen, mögen wohl den Fernerforschenden überraschen, nicht aber den Fachmann. Für die Entstehung dieser Fälschungen sind die Verhältnisse in der Papierindustrie im Laufe der letzten Jahre zu begehren geworden. Die Fülle in der Herstellung stets neuer größerer Mengen von Zahlungsmitteln, Wertpapieren, Aktien u. dergl. verdrängte nicht nur die altbewährten aber zeitraubenden Stich- und Druckverfahren, sondern erweiterte auch den ehemals kleinen, verantwortlichen Kreis der Druckereien. Sehr viele von den heute umlaufenden Wertpapieren sind in ihrer drucktechnischen Ausführung so einfach, daß sie mit käuflichen, jedermann zugänglichen Mitteln vollkommen naturgetreu nachgeahmt werden können. Diese Gefahr haben die führenden Banken längst erkannt und zur Abwehr in den Richtlinien über die Zulässigkeit von Wertpapieren recht wirksame Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Danach wird der Wertdruck wieder wie ehemals auf einige besonders dafür eingerichtete Druckereien beschränkt bleiben, was für die Hedierung unerlässlich ist. Noch besser hat die Reichsdruckerei diese Aufgabe durch ein Druckverfahren gelöst, mittels welchem eine maschinell eingefärbte Druckplatte in nur einmaligem Abdruck verschiedenfarbige Abzüge ergibt. Der wesentliche Schutz dieser Drucke besteht in der Unmöglichkeit, sie andern als dem ursprünglichen in auch nur annähernd gleicher Güte herzustellen. Diese Druckart wird nur in der Reichsdruckerei ausgeübt.

Agold, 25. Jan. Gestern wurde im Stadtwald bei der Kuranstalt Bad Kötenbach die Leiche eines 42jährigen Eisendrehers aus Stuttgart aufgefunden. Die Räte der Zeit scheinen ihn veranlaßt zu haben, sich mit einem Rasiermesser die Pulsader zu öffnen. Die Leiche wird nach Stuttgart überführt.

Stuttgart, 25. Jan. (Tagung des Landeseseisenbahnrats.) Der für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1926 gebildete Landeseseisenbahnrat Stuttgart trat kürzlich zu seiner ersten konstituierenden Sitzung bei der Reichsbahndirektion zusammen. Präsident Dr. Sigel hieß insbesondere die neuen Mitglieder willkommen. Sodann wurden die vom Landeseseisenbahnrat in den Reichseseisenbahnrat zu entsendenden 3 Mitglieder und ihre Stellvertreter gewählt und zwar Fabrikant Dr. Jöpprich-Kergelsteinen, Oekonomierat Feiner-Neuhaas und Sekretär Weimer-Weimer-Stuttgart. In den ständigen Ausschuss wurden gewählt Kommerzienrat Bader-Stuttgart, Direktor Bösch-Cannstatt, M. d. L. Dingler-Calw, M. d. L. Gengler-Stuttgart, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager-Stuttgart, Schlossermeister Maier-Ulm, Oekonomierat Feiner-Neuhaas. Auf der Tagesordnung stand dann die Beratung des Fahrplans 1926/27. Einleitend hiezuhin schilderte der Präsident der Reichsbahndirektion Dr. Sigel die Wirtschaftslage und Finanzlage, die seit September 1925 geradezu beängstigend sich gestaltet habe; der Herbst- und Weihnachtsverkehr waren so schwach wie seit Jahren nicht. Im Dezember haben sowohl im Bezirk Stuttgart, als auch im ganzen Reichsbahnnetz die Einnahmen die Ausgaben nicht gedeckt. Zumal im Hinblick auf die Reparationslast sei die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft von der allerschwersten Sorge für die nächste Zukunft bedrückt und selbstverständlich auf allgrößte Sparsamkeit bedacht. Die Führung neuer Züge könne daher heute nicht zugelagt werden; man müsse froh sein, das Bestehende zu erhalten und da und dort ein klein wenig auszubauen. Der Berichterstatter der Reichsbahndirektion trug hierauf die in Frage kommenden neuen Zugverbindungen vor, woran sich eingehende Erörterung mit vielen Anträgen angeschlossen. Von mehreren Rednern wurde betont, daß es sich empfehle, die verfügbaren Kilometerleistungen im Zweifel in erster Linie für weitere Ausgestaltung des württ. Binnenverkehrs und erst in zweiter Linie für Verbesserungen der durchgehenden Zugverbindungen zu verwenden; es müsse aber die Frage von Fall zu Fall entfallen und ermöglicht werden, beide Ziele miteinander zu vereinigen. Vor allem sei es nötig, die durchgehenden Linien möglichst bald zweigleisig auszubauen und die Einführung des elektrischen Betriebs scharf ins Auge zu fassen. Zu den Zeitungsartikeln über mögliche Tarifserhöhungen bei der Reichsbahn nahm der Landeseseisenbahnrat den Standpunkt ein, daß eine allgemeine Tarifierhöhung, die einerseits keine Mehreinnahmen bringen und andererseits eine verheerende Wirkung auf die Wirtschaft ausüben werde, unter allen Umständen widerstritten werden müsse.

Donzdorf O.A. Geislingen, 25. Jan. (Abgetürkt.) Der 21jährige Sohn des Gipfelmessers Josef Hofele von hier wollte in dem Fabrikgebäude der Fa. C. A. Reuze kleine Ausbesserungsarbeiten vornehmen und bestieg zu diesem Zweck eine sehr hohe Postleiste. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte ab. Er trug einen schweren Schädel- und Rippenbruch davon.

Gerabronn, 25. Jan. (Stadtultheihenwahl.) Bei der gestern vorgenommenen Ortsvorsteherwahl wurde Obersekretär Niedmann-Alten mit großer Majorität zum Stadtultheihen gewählt. Gegenkandidat war Obersekretär Hermann-Bohnung.

Niederstetten, O.A. Gerabronn, 25. Jan. (Totschlag.) Der 60jährige Gutsbesitzer Niklas in Reupoldsdorf, Gemeinde Schrozberg, erlitt, wahrscheinlich nach vorausgegangenem Streit, mit einer Schrotflinte einen Dienstknecht und verwundete seinen Schwiegerjohn namens Kuppler schwer. Unglückliche Familienverhältnisse, häufige Streitereien mit dem mit ihm das Gut zusammen bearbeitenden Schwiegerjohn, denen auch Meters Tätschkeiten gefolgt sein sollen, haben Niklas zu der Tat veranlaßt. Ob Notwehr vorliegt, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Der Täter stellte sich der Behörde und wurde dem Amtsgericht Langenburg zugeführt.

Heilbronn, 25. Jan. (Eröffnung der Gewerbehalle.) Die neuerstandene Gewerbehalle wurde am Samstag nachmittag in Gegenwart geladener Gäste eröffnet.

Waldmarchhofen, O.A. Reigentheim, 25. Jan. (Leichen- ausgrabung.) Ein Auto mit drei französischen. Insassen kam zur hiesigen Ortsbehörde und verlangte kraft Ausweises die Ausgrabung des im November 1918 hier an Grippe verstorbenen französischen Kriegsgefangenen, vor dem aber nur noch die Knochen und einige wenige Kleiderreste vorhanden waren. Diese sterblichen Überreste wurden in eine Kiste verpackt und nach Offenheim verbracht. Nach Ausgange eines der drei Franzosen werden in Deutschland 28.000 verstorbene französische Kriegsgefangene ausgegraben und nach Frankreich zurückgebracht.

Weingarten, 25. Jan. (Todesfall.) Einen schweren Verlust hat die Stadt und evangelische Gemeinde Weingarten erlitten durch den raschen Hingang des Pächters der weit bekannten Klosterbrauerei Wilhelm Köpfli. Der am Samstag abend nach kurzer Krankheit Verstorbene war Gemeindevater und Kirchvorgänger und stand im 42. Lebensjahre. Er hat den Krieg als Offizier mitgemacht und hinterläßt eine Witwe und sechs unerwachsene Kinder.

Reutlingen, 25. Jan. (Mischtrieg.) Im Reutlinger Bezirk ist ein Mischtrieg entbrannt. Bei den Verhandlungen zwischen den Bedarfs- und Lieferverbänden war eine Einigung dahin zustande gekommen, daß der Verkaufspreis für den Liter um 2 s ermäßigt wird. Die Preisänderung sollte am 16. Januar in Kraft treten. Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Reutlingen hat nun einen Aufruf erlassen, sich nicht an die Abmähung zu halten.

Durachsheim, O.A. Tuttingen, 25. Jan. (Brand.) Das Wohn- und Oekonomiegebäude des Joh. Bapt. Metz am Scheffelbühl, das erst kürzlich im Wege der Zwangsversteigerung an Andr. Häring überging, ist nachts bis auf den Grund niedergebrannt.

Rehlingen, 25. Jan. (Fingerring Einbruch.) Die Untersuchungen über die Vorgänge in der Nacht auf 11. Januar in der Trikotfabrik Hermann Leuz hier haben eine überraschende Wendung erfahren. Der durch Kopfschlag verwundete Werkführer hat eingestanden, daß die Tat von ihm selbst begangen wurde und der Einbruchversuch fingiert war.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ueberfall auf Oberpräsident Hösing. Nach Berichten aus Gotha fand dort Sonntag eine Kundgebung des Reichsbanners statt, bei der auch Oberpräsident Hösing eine Rede hielt. Als sich Hösing und einige Reichsbannerleute nach der Veranstaltung in ihr Hotel begaben, wurden sie im Dunkeln aus dem Hinterhalt von einem Trupp Wöllischer angefallen. Von den Reichsbannerleuten wurden einige erheblich verletzt, jedoch sie sich in ärztliche Behandlung begeben muhten. Oberpräsident Hösing gelang es, sein Hotel zu erreichen.

Der Konkurs der Komischen Oper in Berlin. In den Verhandlungen mit dem Gläubigerausschuss hat der Direktor der Komischen Oper in Berlin, James Klein, die Rechte über das Theater und die gesamten Einnahmen den Gläubigern vorläufig zur Verfügung gestellt. Aus den Einnahmen vom Samstag und Sonntag wurden bereits die dringlichsten Forderungen erfüllt. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

Ein Zug in die Wistritz gekürzt. Nach einer Blättermeldung aus Bukarest fliehen auf der Eisenbahnstrecke Buzau-Beam zwei Güterzüge zusammen, wobei der eine Zug der aus Lokomotive und 5 Wagen bestand, von einer Brücke 10 Meter tief in die Wistritz stürzte. Drei Personen wurden getötet.

Ein deutsches Schwurgericht in Kairo. Am 2. Februar wird vor einem besonderen deutschen Schwurgericht in Kairo ein Prozeß gegen zwei deutsche Seeleute, die der Ermordung eines reichen Somali beschuldigt sind, stattfinden. Deutschlands Kapitulationsrechte sind zwar durch den Friedensvertrag aufgehoben, nach längerem Verhandlung aber wieder hergestellt worden. Die deutsche Regierung hat drei Richter entsandt und die Geschworenen werden

den aus Deutschen der Kolonie in Kairo ausgewählt. Es ist das erste Mal, daß ein deutsches Schwurgericht in Ägypten abgehalten wird.

Pariser Gilbert auf der Rückreise nach Europa. Der Generalagent für die Reparationszahlungen Pariser Gilbert hat Sonntag mit seiner Gattin die Rückreise nach Europa angetreten.

Amtlisches.

Vom Oberamtsbezirk Calw.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöft des Bauern Jakob Krauß in Breitenberg (Hinterweiler).

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

Sperrbezirk: Breitenberg-Hinterweiler.
Beobachtungsgebiet: Breitenberg-Borderweiler, Oberkollwangen und Neuweiler.

In dem Umkreis von 15 Kilometer um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw mit Ausnahme von Ostelsheim, Simmozheim, Rüttlingen, Ronafam, Liebenzell, Unterreichenbach, Unterhauglert und Dachtel. Für den Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet sind die in § 185 ff. Min.-Verfügung vom 11. Juli 1912 (Reg.-Blatt S. 293) vorgesehenen Sperrmaßnahmen, welche ortsüblich bekannt gemacht werden, angeordnet.

Im Uebrigen sind im Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und im 15 Kilometer-Umkreis die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung eines solchen stattfindet, sowie die Veranstaltungen von Versteigerungen von Klauenvieh verboten. Außerdem wird auf die Vorschrift ausreißender Erziehung von Milch aus Sammelmolkereien hingewiesen (§ 192 gen. Minist.-Verf.).

Gerichtsfall

Brandstiftung

Tübingen, 24. Jan. Frau M. Kaufmann, früher in Mittelfeld wurde vom Schwurgericht wegen Brandstiftung zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Totschlag - Brandstiftung

Schoßheim, 22. Jan. Das Schwurgericht Waldshut verhandelte zum ersten Male in der Amtsstadt Schoßheim über zwei Fälle. Der erste Fall war die Anklage gegen den 20jährigen Schneider Emil Graf von Verhaupten in der Pfalz wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Der Angeklagte hatte in der Nacht vom 8. zum 9. November aus geringer Ursache den 28jährigen Fabrikarbeiter Otto Kraß durch zwei Messerstiche so erheblich verletzt, daß er an den Folgen der Verletzung starb. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf seine Jugend und das Fehlen leiblicher Vorfahren, sowie seinen starken Alkoholgenuss zu zwei Jahren Gefängnis. — Die zweite Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Ernst Mosch aus Breitenburg, den kaufmännischen Leiter des Sägewerks Ebenbach und der Baufirma Lebr u. Mosch-Streitheim. Dieser wurde beschuldigt, in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober mittels einer Kerze, Zündschnur, Sprengglasern und Benzin den Versuch gemacht zu haben, das Sägewerk Ebenbach niederzubrennen. Die Anklage lautete auf verheutes Verbrechen der Brandstiftung und auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz. In sechsstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte wegen des Verbrechens der verheuten Brandstiftung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Handel und Verkehr

Amtlische Berliner Devisenliste vom 23. und 25. Januar

London (1 Pfund Sterling)	Wien	Paris	Wien	Paris
20,895	20,447	20,895	20,447	20,895
20,895	20,447	20,895	20,447	20,895
198,51	195,98	198,51	195,98	198,51
19,00	19,10	19,00	19,10	19,00
16,985	16,975	16,985	16,975	16,985
15,605	15,785	15,605	15,785	15,605
81,99	81,19	80,925	81,125	81,125
29,49	29,54	29,48	29,47	29,47
119,99	119,48	119,91	119,99	119,99
50,00	50,10	50,01	50,10	50,10

Wirtschaft

Wo bleiben die neuen 5-Markstücke? Die neuen 5-Markstücke, die, wie schon berichtet, bereits in größeren Mengen bestellt wurden, sind bis jetzt nur in geringem Umfang in den Verkehr gelangt. Da sie ansehnlich gehobener werden, im ganzen sollen 4.000.000 5-Markstücke hergestellt werden. Die Ausbringung kann aber derzeit nicht allen schnelleren Tempo vor sich gehen, da die staatlichen Anlagen zunächst noch größere Mengen Ein- und Zweimarkstücke herstellen müssen, um den Auslaufungsdruck der Notenmarktfläche zu beschleunigen. Bis jetzt sind in Berlin 700.000 Stück 5-Markstücke gedruckt worden.

Börsen

Berliner Börse vom 25. Jan. Obwohl für die führenden Werte weiterhin höhere Kurse erwartet worden waren, entsprach die Eröffnung und auch der Verlauf der Börse den Erwartungen auf eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung nicht. Nach den starken Einwirkungen der letzten Zeit hält die Börse wegen der bevorstehenden Hindernisse anhaltend zurück. Die Kurse sind für die bei unregelmäßiger und im Verlauf etwas ausbleibender nach unten neigender Kursbildung ein unsicheres und übermäßig schwaches Aussehen zeigte. Von Aktienmärkten hat sich etwas Interesse für Ungarn, Türkei und Mexikaner gezeigt. Renten- und Staatsanleihen sowie Gold- und Silberanleihen waren bei hohem Gehalt nur um Kleinigkeiten verändert. Der Privatdiskont wurde für beide Seiten wieder um ein halbes Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

Stuttgarter Börse vom 26. Jan. Die Wochenanfangsbörse trug ein sehr beschränktes, behäufertes Gesicht. Entwickelte sich aber nur in einem Spezialmarkt, die ansehnliche Kursfluktuationen aufwies. Der Schluss war recht still und schwach.

Getreide

Berliner Weizenbörsen vom 26. Jan. Weizen märk. 942-946; vormal. 945-948; Roggen märk. 147-154; vormal. 145-150; Sommergerste 175-200; Wintergerste 149-190; Hafer märk. 157-188; Weizenmehl 20,50-20,75; Roggenmehl 22,25-24,75; Weizenmehl 11,25-11,50; Roggenmehl 9,75-10,30; Roggen 940-946, Tendenz: schwach.

Stuttgarter Landesproduktbörsen vom 26. Jan. Weizen 22,50-26; Roggen unverändert; Gerste 19-21,00; Hafer unverändert; Weizenmehl 42-44; Roggenmehl 24-26; Reis, Weizen, Rindfleisch und Schwaben.



Wannheimer Produktvertriebe vom 25. Jan. Lebensmittel, Preise pro 100 Kilo: Weizen 15-16, Roggen 15,50-16,50, Hafer 17,50-18,50, Mais 19,75, Weizenmehl Spezial 0 40,50-41, Roggenmehl 26,50-27.
 Weizenmehl, Bienenzucker: Roggen 3,50-4, Gerste 3,50-4, Hafer 3-3,50, Weizen 11,50-12,50, - Balling: Hafer 9,20, - der Feinere.

Märkte

Schweinepreise. Bietheim: Milchschweine 36-38, Säuger 30 bis 70 K. - Grailsheim: Milchschweine 30-40, Säuger 50-70 K. - Mergentheim: Milchschweine 30-42 K. - Biezena. Br.: Milchschweine 30-41 K, Säuger 47-50 K. - Balingen: Milchschweine 36-38, Säuger 45-50 K. - Hall: Milchschweine 36-45, Säuger 80 K. - Flörsfeld: Milchschweine 30-40 K. - Reitw. weil: Milchschweine 27-37 K. das Stüd.

Marktbericht der Stadtgemeinde Nagold vom 25. Januar.
Viehmarkt: Zufuhr: 10 Ochsen (verkauft 5), 23 Stiere (11), 41 Kühe (18), 41 Rinder und trächtige Kalbinnen (15), 38 Stück Schmalvieh (15), Kälber. Preise: Ochsen 540-570 K, Stiere 335-400 K, Kühe 320-600 K, Rinder und trächtige Kalbinnen 320-590 K, Schmalvieh 175-298 K. Handel bei Ochsen und Stieren flau, sonst gedrückt. - **Schweinemarkt:** Zufuhr 250 Stück Milchschweine (verkauft 180), 270 Stück Säuger-schweine (150). Preise für ein Paar Milchschweine 65-93 K, Säuger-schweine 95-150 K. Handel lebhaft. Bei Milchschweinen Preise anziehend. - **Fruchtmarkt:** Zufuhr: 40,63 Ztr. Weizen, Preis für einen Ztr. 11,50 -12,50 K; 2,80 Ztr. Roggen, Ztr. 10,50 K; 6,03 Ztr. Gerste, Ztr. 10-10,50 K; 3,13 Ztr. Hafer, Ztr. 8,20-8,50 K; 2 Ztr. Ackerbohnen, Ztr. 8,50 K; 1 Ztr. Erbsen, Ztr. 16 K. Bei lebhaftem Handel in kurzer Zeit alles verkauft. Preise anziehend. Nächster Fruchtmarkt am Samstag, dem 30. Januar 1926.

Holz.

Holzverkauf. Bei dem Verkauf des Forstamts Freudenstadt am 21. d. M. kamen zum Ausbot 212 Hm. Fi- und La-Stammholz, vorwiegend I. bis 3. Kl. Der Durchschnittserlös beträgt 123 Prozent der Landesgrundpreise.

Die deutsche Holzfuhr 1925. Die deutsche Schmitt Holzfuhr aus Schweden betrug im Jahre 1925 rund 45 000 Standard, aus Finnland rund 83 000 Standard. Sowjet-Russland war auf den Auslandsmärkten wieder etwas lebhafter tätig, so daß Deutschland etwa 40 000 Standard aus Sowjetrußland einführte, wovon der Hauptteil auf Petersburg und nur ein ganz geringer Teil auf Weißes Meer entfällt. Aus den Randstaaten mit ihren Abgabepflichten Memel, Riga und Kowal bezog Deutschland in diesem Jahr nur sehr geringe Schmitt Holzfuhrmengen.

Letzte Nachrichten.

Schwerer Unglücksfall.

Oberhausen bei Reutlingen, 25. Jan. Gestern nachmittag ereignete sich hier ein schwerer Unglücksfall. Die zwei Brüder Wilhelm und Karl Zoos im Alter von fünf und drei Jahren fuhrten mit ihrem dreijährigen Vetter Artur Kuhle auf einem Kobelsschlitten den steilen Feldweg am Kohlbrunnen, der in die Hauptstraße mündet, herunter. Den ganzen Nachmittag waren sie von dem Vater Jakob Zoos bewacht worden. Der Mann entfernte sich dann für kurze Zeit. Eben in diesen Minuten kam die Hauptstraße ein Pforzheimer Personenauto heruntergefahren, das vor dem Eckhaus den Kinderschlitten nicht bemerken konnte. Dieser kam dem Auto direkt in die Quere und wurde überfahren. Der Kobelsschlitten wurde vollkommen zertümmert, die Kinder nach beiden Seiten hinausgeworfen und in übelster Weise zugerichtet. Im Krankenhaus starben abends die beiden Knaben Wilhelm und Karl. Artur Kuhle, der an einem Schädelbruch darniederliegt, hofft man durchzubringen. Für die Familie Zoos ist das Unglück um so trauriger, als die beiden Knaben ihre einzigen Kinder waren.

Der Prozeß Tessin.

Tübingen, 25. Jan. In dem Prozeß Tessin beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Manfred von Tessin wegen Mordes oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da es sich nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob die Tötung mit Ueberlegung oder nicht ausgeführt worden sei. Bei Kurt von Tessin stellte der Staatsanwalt die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichtes. Um 6 Uhr wurde das Urteil verkündet; es lautet auf Freispruch der beiden Angeklagten.

Schadenersatzklage der Firma Himmelsbach.

München, 25. Jan. Die Firma Gebr. Himmelsbach AG. hat am Montag beim Landgericht I Berlin ihre Schadens-

erklage auf 10 Millionen Mark eingereicht gegen die Forstverwaltungen bzw. die Staatsregierungen von Preußen, Bayern und Hessen, gegen das Auswärtige Amt (wegen der Verletzung des Londoner Protokolls durch den behördlichen Boykott gegen die Firma) und gegen das Reichsernährungs- und das Reichswirtschaftsministerium. Die Firma führt für sich vor allem an, daß sie unter Zwang der Entente, von den einschlägigen deutschen Behörden allein und im Stich gelassen und keineswegs ausländer Gewinnsucht gehandelt habe.

Zwanow freigelassen?

New York, 25. Jan. Wie aus Peking gemeldet wird, ist beim Sowjetbotschafter Karaschan ein Telegramm des sowjetrussischen Generalkonsuls in Chargin eingelaufen, nach dem Marschall Tschang Tjo Lin die Freilassung des Generaldirektors der ostchinesischen Bahn, Zwanow, und der anderen sowjetrussischen Beamten verfügt hat.

Dem „New York Herald“ wird im Gegenfah hierzu aus Peking gemeldet, Tschang Tjo Lin habe von dem Ultimatum des Sowjetbotschafters keine Notiz genommen. Er habe sogar den russischen Konsul und sämtliche Mitglieder der russischen Handelsvereinigung in Chargin verhaften lassen und das russische Konsulat geschlossen. Er habe die Absicht, sämtliche Verbindungen zwischen Sibirien und Rußland zu unterbinden. Die Russen hätten 10 000 Mann Truppen in der Nähe von Chargin zusammengezogen und, da die Japaner im Stillen Vorkehrungen getroffen haben, sich einem Einmarsch der Russen auf chinesisches Gebiet zu widersehen, sei die Lage gespannter denn je.

Einem Privattelegramm aus Peking zufolge haben die Chinesen die Grenze gesperrt, um den Durchmarsch der roten Truppen zu verhindern. Am Freitagabend soll die chinesische Behörde in Chargin das Generalkonsulat der Sowjet-Union durchsucht und eine Menge von Waffen und Schriftzeichen beschlagnahmt haben.

Druck und Verlag der W. Rieter'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Um zu räumen verkaufe große Posten Ware zu bed. herabgesetzten Preisen Hans Schmidt

Besonders günstig: Viele Restposten erstklassiger Waren. Bettücher, Tischdecken, Windjacken, Kölsch, schwere württ. Ware 1.35, Satin Augusta 1.95, Unterrockstoff 80 Pfg. Nächster Tage eintreffend: Grosser Posten Damastreste p. m. von 1.50 an, Seidendamast 1.30 b. 2.25

Ämtliche Bekanntmachungen.

Warttverbot.

Der am 3. Februar 1926 in Egenhausen fällige Viehmarkt wird aus seuchenpolizeilichen Gründen verboten. Nagold, den 25. Januar 1926.

Oberamt:

Dr. Kerff, Amtmann.

Maul- und Klauenseuche.

In Breitenberg-Hinterweiler DM. Calw ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. In den 15 Kilometer-Umkreis fallen vom hiesigen Oberamt sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Nagold, Jelshausen, Hatterbach, Schietingen, Ober- und Untertalheim und Böfingen. Für den 15 Kilometer-Umkreis gelten die im Tannenblatt vom 11. Mai 1925 veröffentlichten Bestimmungen. Nagold, den 25. Januar 1926.

Oberamt:

Dr. Kerff, Amtmann.



Krieger-Berein Altensteig.

Generalversammlung

am kommenden Sonntag, den 31. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zu den Dreikönigen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahlen.
4. Sonstiges.

Die Mitglieder werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen. Neueintretende sind willkommen.

Der Ausschuß.

Lehrstelle

Aufgeweckter Junge findet dieses Frühjahr gute Lehrstelle. Bedingung gute Schulzeugnisse und schöne Handschrift. Schriftliche Meldungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf erbeten an

Gewerbebank Altensteig.

Forstamt Simmersfeld.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichem Aufstreich

Am Mittwoch, den 10. Febr. 1926 vorm. 11 Uhr im „Löwen“ in Simmersfeld aus Staatswald 174 Ht. 491 La mit Fm. Langb.: 69 I, 48 II, 84 III, 105 IV, 114 V. Kl. Sähg.: 17 I, 20 II, 6 III. Kl. 402 Fo. mit Fm. Langb.: 9 I, 62 II, 137 III, 80 IV, 19 V. Kl. Sähg.: 2 I, 24 II, 3 III. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Daron anschließend:

Papierholz-, Stangen-, Beigeholz- und Reifig-Verkauf aus den Forstorten Simmersfeld, Enzthal, Bompelscheuer Am. Papierroller gerepelt, 234 I., 205 II., 88 III. Kl., 34 Fo. Aug., 14 buch. Pqgl., 6 Nadelb. Schtr., 23 Pqgl. und 65 Anbruch, sowie 4800 geschägt. Nadelb. Wellen. Ferner 31 Bauftangen 28 Ia, 72 Ib, 14 II. Kl. Pqgl. 25 I., 190 II., 110 III. Kl. Dopfenst. 70 IV. und 70 V. Kl. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Verwechfelt

wurde bei der Altensteiger in Jugendheim ein weicher

Filzhut

Um Auswechslung bei Hausmeister Luz im Jugendheim wird gebeten.

Gestorbene:

Karl Schittenhelm, Maurermeister 53 1/2 J., Freudenstadt.

Webgarn

6 er und 8 er hat stets auf Lager

Jacob Hanfelmann Simmersfeld.

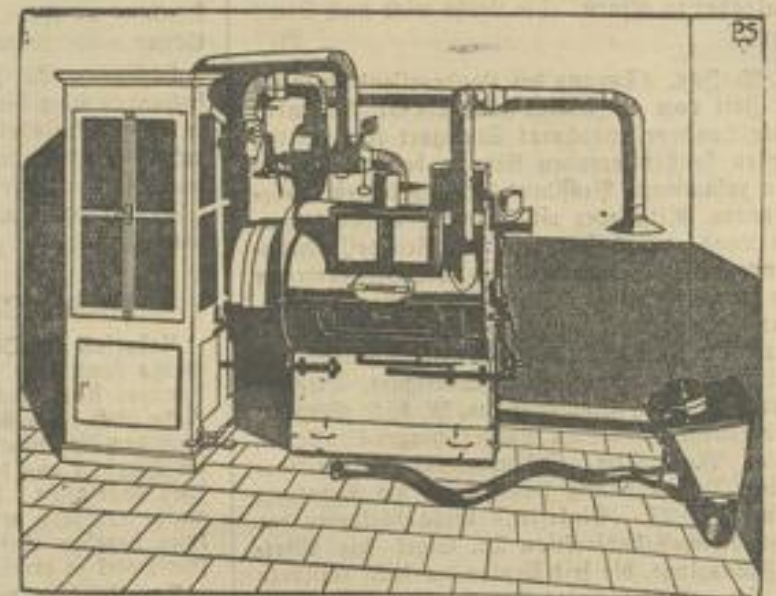
Die Handelstammertwahl

findet statt

am Freitag, 29. Jan., nachm. 3-5 Uhr

auf den Rathhäusern in Nagold, Altensteig und Wildbad

Handelskammer Calw.



Empfehle meine, nach den neuesten Erfahrungen eingerichtete

Bettfedern-Reinigungsanlage

zur Reinigung und Desinfektion von neuen und gebrauchten Federn. Vorherige Anmeldung erwünscht. Bettschläuche, genäht und bestrichen, sowie Federn zum Nachfüllen, in bekannt guten Qualitäten und preiswert vorrätig

Reinhold Hayer, Altensteig

